

Schüssel appelliert an die Sozialpartner, an den Verhandlungstisch zurückzukehren

Haupt: Pensionsreform zur richtigen Zeit in der richtigen Dosierung.
 Eine Zusammenfassung der Parlamentskorrespondenz von den Wortmeldungen in der Sitzung vom Dienstag, den 29. April 2003.

Nach der Aktuellen Stunde am Dienstag, den 29. April 2003, unterstrich **Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel** in seiner Erklärung zum Thema „Pensionssicherungsreform“, daß man entweder jetzt maßvolle Einschnitte im Pensionssystem machen oder später dramatische Einbußen in Kauf nehmen müsse, was eine Gefährdung des Sozialstaates bedeuten würde. Die Bundesregierung habe daher eine Pensionssicherungsreform als ein zentrales Anliegen definiert.

In der Analyse des Problems, so der Bundeskanzler, seien sich alle einig gewesen. Die Reformkommission habe daher auch ein Modell vorgeschlagen, das auf einem gesetzlichen Pensionsantrittsalter von 65 Jahren für Männer bzw. 60 Jahren für Frauen aufbaue, wobei man auf Grund von Krankheit, Invalidität oder Arbeitsunfähigkeit selbstverständlich früher gehen könne. Außerdem sollte gemäß den Vorschlägen eine Durchrechnung von 40 Jahren angestrebt werden und 45 Jahre Beitragszeiten sollten zu einer Nettoersatzrate von 80 Prozent von dieser neuen Lebensbemessungskurve führen. Schüssel bezeichnete dies als ein vernünftiges Konzept, das im Wesentlichen in der ganzen EU verwirklicht sei.

Als konkrete Schritte nannte Schüssel folgende: 40 Jahre Durchrechnungszeitraum mit einer langen Übergangsdauer von 25 Jahren bis zum Jahre 2028; das Auslaufen der Frühpension mit einer Übergangszeit von zehn Jahren beginnend mit 1. Juli 2003; 45 Beitragsjahre sollen 80 Prozent der Lebensentlohnungskurve sichern und die Senkung des Steigerungsbetrages auf 1,78 Prozent soll in

drei Jahren schrittweise erfolgen. Der Bundeskanzler bezeichnete dies als ein „vorsichtiges



Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel im Parlament Foto: Martin Schalk © HOPI-MEDIA

und behutsames Vorgehen“ und als ein „vernünftiges, faires und sozial verantwortbares Konzept“. Würde man auf die heute wesentlich höhere Lebenserwartung und die durchschnittliche Erlebensdauer der Pension, was eine faszinierende Chance für die Gesellschaft darstelle, nicht reagieren, so müßte man innerhalb der nächsten 40 Jahre die Beiträge um 50 Prozent erhöhen oder die Pensionen um 45 Prozent kürzen oder das Pensionsantrittsalter um 10 Jahre anheben, rechnete

Schüssel anhand einer AK-Information vor.

Der Bundeskanzler unterstrich, daß derzeitige Pensionistinnen und Pensionisten nichts zu befürchten hätten, da in bestehende Pensionen nicht eingegriffen werde. Wer heute schon in Pension gehen könnte, aber länger arbeiten wolle, könne das ohne Verluste tun, versprach der Bundeskanzler und erteilte jeglicher Angstmake in diesem Zusammenhang eine Absage. Er widersprach auch den Behauptungen eines überfallsmäßigen Inkrafttretens der Pensionsreform, da es langfristige Übergangsbestimmungen geben werde. Für ältere ArbeitnehmerInnen stellte Schüssel Begleitmaßnahmen in Aussicht. So werde es zum ersten Mal eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten für über 60-jährige MitarbeiterInnen um 13 Prozent geben. Für Jüngere etwas weniger, dennoch würden

Europas Kinder lehren Nachhaltigkeit	9
Österreichs Außenwirtschaft – eine Erfolgsgeschichte	12
Faak am See: 170 Loks und 1000 Waggons	14
Ein Hort der Kultur Das Stift St. Paul und die Bibelausstellung	16
Serge Sabarsky im Historischen Museum, Wien	22
Frühlingsspaziergang durch Wien - zweiter Teil	24
ÖJ-Reisetip: Kufstein	31
Impressum	32

Sozialpolitik / Pensionsreform

die geringeren Lohnnebenkosten einen gewaltigen Anreiz schaffen, ältere Menschen zu beschäftigen. Für jene Personen, die sich derzeit in einer Altersteilzeit-Beschäftigung befänden und die mit Stichtag 1. April 2003 über einen Vertrag verfügten, blieben die vertraglichen Rechte ohne jegliche Einbußen gewahrt, stellte der Regierungschef dezidiert fest. Menschen mit langer Versicherungsdauer könnten weiterhin bis 2007 mit 55 bzw. mit 60 Jahren in Pension gehen. Das Sozialministerium werde darüber hinaus die Möglichkeit erhalten, dies als ein Dauerrecht bei besonders die Gesundheit gefährdenden Berufen zu schaffen.

Schüssel strich insbesondere auch die Maßnahmen im Familienbereich hervor und gab bekannt, dass pro Kind drei Jahre aus der Durchrechnungszeit wieder herausgenommen würden, und das rückwirkend. Außerdem würden 24 Monate als pensionsbegründend eingeführt werden. Auch wolle man in den nächsten Jahren die Kindererziehungszeiten auf 150 Prozent aufwerten.

Um den „Horror-Prognosen den Wind aus den Segeln“ zu nehmen, werde es laut Angaben des Bundeskanzlers eine Deckelung der Verluste geben. So dürfe der Verlust bis 2007 maximal 3,5 Prozent betragen, bis 2015 7 Prozent und darüber hinaus 10 Prozent.

Der Bundeskanzler richtete in diesem Zusammenhang auch ein Angebot an die Sozialpartner und Abgeordneten, an diesem wichtigen Projekt sowie an der Harmonisierung der Pensionssysteme mitzuarbeiten und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Dem Druck auf der Straße dürfe in der Demokratie nicht gewichen werden, stellte er fest und forderte auf, kritisch aufeinander zuzugehen. Mit dieser Pensionssicherungsreform könnten junge Menschen vertrauen, sichere Pensionen zu bekommen, und Österreich bleibe damit zukunftsfähig, meinte Schüssel abschließend.

Auch **Vizekanzler Mag. Herbert Haupt** definierte als Ziel der Bundesregierung, künftige Pensionen abzusichern. „Man muß den Menschen die Wahrheit sagen“, betonte er und unterstrich gleichzeitig, daß mit dem Doppelbudget und den Budgetbegleitgesetzen der Wirtschaftsstandort Österreich abgesichert werde, denn nur dann könne man sich auch ein hohes soziales Niveau leisten. Die nun im Ministerrat beschlossene Reform garantiere jenen Menschen, die die Zweite Republik aufgebaut haben, ihre Pensionsleistungen auch genießen zu können und sichere gleichzeitig die Pensionen jüngerer Generationen ab. Auch die EU habe im

März 2003 die geplanten Maßnahmen begrüßt, da trotz der Reform im Jahr 2000 die Tragfähigkeit des Rentensystems derzeit keineswegs garantiert sei. Wie der Bundeskanzler unterstrich Haupt, daß man die Reform nicht auf die lange Bank schieben könne und kritisierte, daß die Vorschläge, die in den Jahren 1995 bis 1997 auf dem Tisch gelegen seien, nicht schon damals umgesetzt wurden. Diesen Fehler sollte das Parlament nicht wiederholen, sagte der Vizekanzler.

Haupt richtete ebenfalls einen Appell an die Sozialpartner, die nächsten Wochen zu nützen, um mitgestalten zu können und betonte, daß man die Punktation für ein harmonisiertes Pensionssystem ausdrücklich offen gehalten habe. Die Menschen auf die Straße zu schicken, sei nicht der richtige Weg.

Haupt skizzierte im Folgenden ihm wesentliche Punkte des Reformvorhabens und nannte dabei die Verlängerung der „Hacklerregelung“ und die Möglichkeit, dieses als Dauerrecht für jene zu schaffen, die in Berufen arbeiten, wo medizinische Gutachten eine kürzere Lebenserwartung auf Grund der Gesundheitsschädlichkeit und Eigenart der Tätigkeit bestätigten. Weiters hob er die Verbesserung der Anrechnung der Kindererziehungszeiten hervor, die Deckelung der Verluste, die bei ASVG-Versicherten und bei Beamten gleich seien, die Neuordnung der Steigerungsbeträge schrittweise in drei Jahren und das Übergangsrecht bei der Altersteilzeit. Als Gewinner bezeichnete der Vizekanzler jene, die Kindererziehung geleistet hätten. Haupt stellte den vorliegenden Entwurf den Vorhaben in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber, wo man über eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters auf 67 Jahre und die Kürzung des Arbeitslosengeldes auf die Notstandshilfe diskutiere.

Als eine staatspolitische Notwendigkeit bezeichnete es Haupt, die erste Säule des Pensionssystems so zu gestalten, daß darin auch die Familienleistungen gerecht anerkannt werden. Darüber hinaus wolle die Bundesregierung die zweite und dritte Säule konsequent ausbauen, um einen Ausgleich dafür zu ermöglichen, was die erste Säule nicht leisten könne. Jeder, der verspreche, daß im Steuertopf für die erste Säule mehr zu verteilen sei, handle unredlich, sagte Haupt. Im Übrigen wies er auch darauf hin, daß nun alle ein Recht auf Abfertigung hätten.

Am Ende seiner Ausführungen ging Haupt auf die Arbeitslosenzahlen ein, die unter den befürchteten Prognosen lägen. Wie er ausführte, sinken die Zugänge der Arbeitslosen

insgesamt um 6,8 Prozent, bei Frauen um 10,3 Prozent, weshalb man jetzt zumindest von einer Erholungsphase sprechen könne. Die Pensionsreform komme zum richtigen Zeitpunkt in der richtigen Dosierung, unterstrich Haupt. Die Tür zu den Verhandlungen sei offen, wer sie zuschlage, müsse dafür die Verantwortung tragen.

Er wäre froh gewesen, wenn man den vielen jungen Menschen, die im Parlament zuhört, eine wirkliche Reformdiskussion hätte bieten könnte, meinte **Abgeordneter Fritz Verzetnitsch (SP)**. Der Regierung gehe es nämlich seiner Meinung nach nicht um eine umfassende Pensionsreform, an der alle Bevölkerungsgruppen mitwirken können, sondern um eine kurzfristige Geldbeschaffungssaktion. Der ÖVP-Generalsekretär habe vor wenigen Tagen selbst zugegeben, daß man mit den geplanten Maßnahmen, eine Milliarde einsparen wolle, um dann eine große Steuerreform zu machen. Zudem werde neuerlich der Versuch gemacht, den überparteilichen Gewerkschaftsbund zu spalten, kritisierte Verzetnitsch.

Das Konzept der Regierung gebe keine Antwort auf die 120.000 Menschen, die aufgrund der Maßnahmen der Koalition keine Beschäftigung finden werden. Zudem sei nicht klar, wie das Altersteilzeitgeld und Anrechnung der Ersatzzeiten tatsächlich finanziert werden sollen, gab der SPÖ-Mandatar zu bedenken. Die Sozialdemokraten bekennen sich zur umlagefinanzierten ersten Säule als Grundstock der Altersversorgung; diese dürfe jedoch kein Almosen sein, sondern eine echte Lebensstandardsicherung. Die Gewerkschaften werden nun den Entwurf der Regierung genau prüfen und nicht in einer Schnellschußaktion Antworten darauf geben. Man werde sich aber auch nicht daran hindern lassen, Maßnahmen zu ergreifen, wenn dies richtig erscheine, erklärte Verzetnitsch.

Die Notwendigkeit einer Pensionsreform sei eigentlich unbestritten, meinte einleitend Abgeordneter **Mag. Walter Tancsits (VP)**. Einer der Eckpunkte des Entwurfs sei das Auslaufen der vorzeitigen Alterspension, erläuterte er, wobei jedoch eine ausreichende Übergangsfrist vorgesehen ist, damit sich die Menschen in ihrer Lebensplanung auf die neuen gesetzlichen Bestimmungen einstellen können. Weiters habe man versucht, durch eine längere Bewertung der Gesamtarbeitszeit ein gerechteres System zu schaffen.

Eine so umfassende Reform habe natürlich zu vielen Stellungnahmen geführt. Es sei erfreulich, daß sich die Arbeitnehmervertreter der ÖVP und auch der FPÖ in die Ver-

Sozialpolitik / Pensionsreform

handlungen eingebracht haben, betonte Tancsits. Heute konnte nun abgeänderter Entwurf vorgelegt werden, von dessen „Abmilderungen“ der Sozialexperte Bernd Marin „positiv überrascht“ war. Weiters meinte Marin, daß die Fehler der letzten Pensionsreform, nämlich daß man schon nach 40 Jahren und nicht nach 45 Jahren 80 Prozent der Bemessungsgrundlage erreiche, rückgängig gemacht wurden. Für besonders wichtig erachtete der Redner die „Verstärkung der familienpolitischen positiven Handschrift“ im Entwurf, da es neben der Begrenzung der Abschläge drei spezifische Maßnahmen für die Eltern gebe.

Er frage sich, welcher politischer Diskurs im Parlament stattfinde, wenn den Fraktionen am Beginn der Sitzung ein Budgetbegleitgesetz mit 91 Novellierungen übermittelt werde, wobei eine davon die zur Debatte stehende weitreichende Änderung des Pensionsgesetzes betreffe, gab **Abgeordneter Karl Öllinger (Grüne)** zu bedenken. Die Grünen hätten sich erwartet, daß man sich ausreichend Zeit für die Diskussion über eine nachhaltige, haltbare und auf dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit basierende Pensionsreform nimmt. Alle Parteien, alle Verbände und alle BürgerInnen sollten die Möglichkeit bekommen, sich daran zu beteiligen, forderte er. Zudem liege noch kein wirkliches Konzept, sondern nur ein Pensionssicherungsgesetz vor. Die eigentliche Änderung, d. h. die Harmonisierung der Pensionssysteme solle dann erst im Herbst erfolgen, wie dies von VP-Klubobmann Mag. Wilhelm Molterer selbst angekündigt wurde. Öllinger kam dann auf die Berechnungen des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung zu sprechen, die belegten, daß die überwiegende Mehrzahl der ASVG-Versicherten ab dem Jahr 2020 alle bisherigen Bundeszuschüsse mitzahlen muß.

Schließlich brachte er noch einen G-Entschließungsantrag ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, den Entwurf für ein Pensionssicherungsgesetz zurückzuziehen und dem Nationalrat binnen eines Jahres eine Reform der Pensionssysteme vorzulegen, in die alle großen gesellschaftlichen Gruppen einbezogen werden und die von folgenden Überlegungen getragen ist: Harmonisierung aller Systeme, die aus öffentlichen Mitteln gefördert oder finanziert werden, Festlegung angemessener Übergangszeiten, Existenzsicherung durch das öffentliche Pensionssystem, Einführung eines progressiven Pensionssicherungsbeitrages für Pensionen über der ASVG-Höchstgrenze,

nachhaltige Sicherung und Finanzierung des öffentlichen Pensionssystems.

Abgeordneter Maximilian Walch (FP) verwies darauf, daß die nunmehrige Opposition die gegenwärtige Situation erst verursacht habe, hätten es die sozialdemokratischen Abgeordneten doch anlässlich der Reform von 1997 verabsäumt, schon damals eindeutige Schritte zu setzen. Im Sinne der Chancengleichheit für zukünftige Generationen brauche es eine substantielle Reform, und die sei nun von der Koalition in Angriff genommen worden. Diese Reform trage nach der Begutachtung eine freiheitliche Handschrift, wodurch allfällige Härten durch entsprechende Abfederungen bewusst gemildert worden seien.

Die Sozialpartner seien aufgefordert, bis 2006 ein System zu schaffen, welches es Berufsgruppen, die besonderen Belastungen ausgesetzt seien, garantiere, daß die Betroffenen auch weiterhin mit dem 60. Lebensjahr in Pension gehen könnten. Überdies sprach sich der Redner für eine sachliche Information der Öffentlichkeit aus.

Abgeordnete Mag. Barbara Prammer (SP) hielt ihrem Vorredner entgegen, daß die „Hacklerregelung“ eine massive Pensionskürzung impliziere, wofür diese Regierung die Verantwortung trage. Im Interesse der Menschen dieses Landes solle die Regierung innehalten, anstatt diese Reform ins Budgetbegleitgesetz hineinzuschreiben. So könne man keine sachliche Diskussion führen, so wäre diese Reform eine reine Geldbeschaffungsaktion.

Besonders die Frauen seien von den Regierungsplänen betroffen, denen einmal mehr die Chance vorenthalten werde, zu einer ansprechenden Pension zu kommen. Auch hinsichtlich der Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten gebe es massive Fußangeln, die eine echte Diskriminierung darstellten. Sie sei zwar für eine lebenslange Durchrechnung, doch so, wie dies hier vorgeschlagen werde, bedeute eine solche lediglich eine weitere Benachteiligung der Betroffenen. Die Regierung halte den Frauen nur die Karotte hin, ziehe diese aber im Ernstfall immer wieder weg, betonte Prammer, die überdies eine Solidarabgabe von jenen einforderte, die eine bemerkenswert hohe Pension beziehen.

Abgeordneter Karlheinz Kopf (VP) sagte, eine Pensionsreform sei unabwendbar, da man schon bislang viel zu lange zugewartet habe, wodurch tiefe und umfangreiche Einschnitte nötig seien. Die SPÖ habe nicht einmal jetzt den Mut, an dieser Reform mitzuwirken. Der

ÖGB mißbrauche das Streikrecht für die Durchsetzung politischer – und nicht betrieblicher – Anliegen, doch der Platz für die politische Auseinandersetzung sei das Parlament und nicht die Straße. Die Reform der Regierung sei richtig, ausgewogen und zukunftsorientiert, so Kopf, der auf diesbezügliche Details einging.

Abgeordnete Dr. Eva Glawischnig (Grüne) erinnerte an die am Dienstag beschlossene Beschaffung von Abfangjägern, vor deren Hintergrund die so genannte Pensionsreform in einem gänzlich anderen Licht erscheine. Diese Vorgangsweise sei extrem unfair, so Glawischnig, habe doch selbst der Rechnungshofpräsident in diesem Zusammenhang von unnötigen Härten gesprochen. Viele der Grausamkeiten, die in diesem Entwurf verpackt seien, wären angesichts des sinkenden Bundeszuschusses gar nicht notwendig, was den Verdacht erzeuge, es gehe hier nur um eine Geldbeschaffung der Regierung, um vor den nächsten Wahlen der eigenen Klientel ein Steuerzuckerl präsentieren zu können. Es sei von Regierungsseite oftmals eine Verantwortung der Opposition eingemahnt worden, doch die Regierung selbst müsse sich einer Verantwortung stellen. Wo etwa bleibe eine entsprechende Regelung für die so genannten Altpolitiker, wo bleibe Gerechtigkeit für die Frauen? Ja nicht einmal der Jugend nütze dieses Modell, das nur zurückgewiesen werden könne. Im Übrigen habe sie, so Glawischnig, volles Verständnis für jene Menschen, die sich nicht hier im Parlament artikulieren könnten und daher auf die Straße gingen. Schließlich verwies Glawischnig noch auf die zahlreichen Expertenmeinungen, die von einer Verfassungswidrigkeit dieses Entwurfs ausgingen.

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel ging auf den Mißtrauensantrag gegen seine Person ein und widersprach der darin geäußerten Ansicht, der Pensionsreformentwurf richte sich lediglich gegen die ASVG-Versicherten. Es gebe ein Gesamtpaket, welches auch eine Harmonisierung aller Pensionsversicherungsformen anstrebe, und auch eine Neuregelung bei den Politikerpensionen sei in Arbeit. Das Mißtrauen gegen seine Person sei mithin gänzlich unbegründet. Von einer nachhaltigen Verschlechterungen für Frauen könne keine Rede sein, ebenso wenig wie von einer mangelnden Gleichbehandlung. Es sei auch nicht richtig, daß der Bundesbeitrag sinken werde, vielmehr sei das Gegenteil der Fall, schloss der Kanzler.

In einer tatsächlichen Berichtigung wies **Abgeordneter Karl Öllinger (Grüne)** darauf

Sozialpolitik / Pensionsreform

hin, daß eine Gerechtigkeit bei den Politikerpensionen derzeit nicht zu sehen sei, wie auch eine Benachteiligung von Frauen im Entwurf der Regierung enthalten sei.

Abgeordnete Dr. Magda Bleckmann (FP) ging auf die veränderten Rahmenbedingungen ein und meinte, es wäre Pensionsraub an den Jüngeren, wenn man jetzt keine Pensionsreform mache. Doch selbst die SPÖ erkenne bereits die Notwendigkeit einer Reform. Bei dem vorliegenden Entwurf habe man Verbesserungsvorschläge eingearbeitet, sodass die diesbezüglichen Vorwürfe der Opposition nicht stimmig seien.

Jeder Tag, der zugewartet werde, spitze die Situation zu, weshalb jetzt gegengesteuert werden müsse, um einen Kollaps im Pensionssystem hintan zu halten. Kritik übe die Rednerin am Verhalten des Obmanns der sozialdemokratischen Pensionisten, werde doch in bestehende Pensionen ohnehin nicht eingegriffen. Verbesserungen gebe es auch für die Frauen, sodaß auch hier die Bedenken der Opposition unbegründet seien. Schließlich präsentierte Bleckmann Vorschläge zu einer gerechteren Gestaltung von Politikerpensionen.

Abgeordneter Rudolf Nürnberger (SP) brachte konkrete Beispiele, wie viel in der Arbeitswelt stehende Personen durch diese Reform verlieren werden. Daran habe sich auch durch die Abänderung des Vorschlags nichts geändert. Überdies wies der Redner auf die Ungerechtigkeiten zwischen ASVG-Versicherten und Bauern hin. Hier habe sich in der Substanz nichts geändert. Die Regierung solle also mit den Sozialpartnern verhandeln, sonst trage der Bundeskanzler die Verantwortung für die zu erwartenden Maßnahmen.

In der weiteren Debatte verteidigte **Abgeordnete Ridi Steibl (VP)** den Entwurf und warf der Opposition vor, Angst zu machen anstelle Lösungsmodelle zu präsentieren. Der Regierungsentwurf hingegen sei fair und gerecht, auch für die Frauen.

Abgeordnete Mag. Brigid Weininger (Grüne) kritisierte, das „merkwürdige Verständnis“ der Regierungsmitglieder, nachdem diese gemeint hatten, daß man die Diskussion nicht auf die Straße verlagern dürfe. Auch die Betonung, daß man das Umlageverfahren nicht abschaffen werde, erweckte in ihr Misstrauen, sagte Weininger. Sie bezweifelte auch, daß es sich wenig Verdienende leisten können, in die zweite Säule einzuzahlen. Hier von einer freien Entscheidung zu reden, halte sie für eine Fiktion. Die Pensionsreform kritisierte die Abgeordnete

als frauenfeindlich und zeigte Unverständnis dafür, daß man kleine Verbesserungen plötzlich als eine Bevorzugung darstelle. Eine solche „großartige Verbesserung“ sei zum Beispiel, daß es bei bestimmten Berufen auch in Zukunft möglich sein soll, mit 55 bzw. 60 Jahren in Pension zu gehen. Dies betreffe maximal jene, die mit 15 Jahren zu arbeiten begonnen haben und keine Unterbrechungen aufweisen. Daher sei das Ganze reine Kosmetik.

Abgeordneter Sigisbert Dolinschek (FP) warnte in seinen Ausführungen davor, die Reform abermals zu verschieben, denn sonst komme es zum Kollaps. Dolinschek sprach sich für eine Harmonisierung der Pensionssysteme aus sowie für einen Solidarbeitrag von jenen, die eine Pension über der ASVG-Pension erhalten. Der Redner unterstrich die Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf und nannte insbesondere die langen Übergangsfristen und die Maßnahmen für Frauen. Er werde sich im Parlament um weitere Verbesserungen bemühen, sagte Dolinschek.

Abgeordnete Heidrun Silhavy (SP) zog die Absicht, mit dieser Reform die Pensionen sichern zu wollen, in Zweifel. Es werde einfach gekürzt und der Lebensstandard heruntergefahren, sagte sie. Ihrer Ansicht nach gehe es um ein reines Budgetproblem, da man in den nächsten drei Jahren 760 Mill. Euro aus dem ASVG-Bereich erzielen wolle. Anders könne sie sich die Eile bei der Reform nicht vorstellen, meinte Silhavy und bezeichnete das Vorgehen der Regierung als „Rücksichtslosigkeit“. Diese zeige Unfähigkeit, einen Dialog zu führen.

Ein solches Dialogangebot wolle die SPÖ mit einem Entschließungsantrag machen, den Silhavy im Rahmen der Debatte einbrachte. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Regierungsvorlage zur „Pensionsversicherungsreform“ zurückzuziehen und den Sozialpartnern Gelegenheit zu geben, bis 30. September 2003 einen eigenen Vorschlag zu erarbeiten. Auf dieser Grundlage sowie auf den Vorschlägen der Oppositionsparteien solle man dann gemeinsam eine sozial gerechte Pensionsreform beschließen, die für alle ÖsterreicherInnen schrittweise in 30 Jahren ein gleiches Pensionssystem bringt. Dieses Pensionssystem solle dauerhaft garantieren, daß am Ende der Reform nach 45 Jahren Arbeit und einem Pensionsalter von 65 Jahren 80 Prozent netto als Pension zustehen und so der Lebensstandard gesichert wird. Für PolitikerInnen seien die gleichen Veränderungen vorzusehen. Schließlich spre-

chen sich die SPÖ-Abgeordneten gegen den Kauf von Abfangjägern aus.

Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pable (FP) appellierte an den Mut zur Verantwortung und verurteilte die ihrer Ansicht nach von der Opposition betriebene Angstmacherei. Die Opposition sollte vielmehr konstruktiv mitarbeiten. Hätte man Mitte der neunziger Jahre eine tief greifende Reform gewagt, so Partik-Pable, müsste man nicht heute derartige Maßnahmen setzen. Die SPÖ habe aber immer beschwichtigt und niemals die Wahrheit gesagt. Jetzt müßte man sich von der EU bestätigen lassen, daß „die Tragfähigkeit nicht gesichert sei“. SP-Vorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer und Grünen-Sprecher Dr. Alexander Van der Bellen warf die Rednerin vor, die alte Verschiebungstaktik weiter praktizieren zu wollen. Die Regierung wolle da nicht mitmachen, sondern angesichts der längeren Lebenserwartung entsprechend vorsorgen.

Abgeordnete Sabine Mandak (Grüne) erinnerte an Landespolitiker der Volkspartei, die den Pensionsreformentwurf als unsozial bezeichnet und den Vertrauensschutz eingemahnt hatten. Den Mißtrauensantrag gegen Bundeskanzler Schüssel begründete die Rednerin darüber hinaus mit der mangelnden Berechenbarkeit der Politik seiner Regierung. Und überdies zeigte sich die Abgeordnete bestürzt über Äußerungen von Rednern der Regierungsparteien, die das Recht der Menschen in Frage stellten, gegen die Pensionsreform zu demonstrieren und zu streiken. „Diese Verfassungsrechte bestehen und Sie werden die Menschen nicht daran hindern, von ihnen Gebrauch zu machen!“, schloß Abgeordnete Mandak.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Elke Achleitner (FP) unterstrich den Grundsatz ihrer Partei, Bestehendes zu garantieren, die Zukunft zu sichern und Gerechtigkeit herzustellen. Frühere SP-Minister hätten es demgegenüber verabsäumt, die von Experten schon lange verlangten Reformen umzusetzen. Am besten wäre es laut Achleitner, die Parteien würden die Reform gemeinsam beschließen. Ein Mißtrauensantrag stelle dazu aber keinen Beitrag dar. Überdies beschränke sich die Opposition darauf, Hohn und Spott über den Reformentwurf zu gießen. Die Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen stehe außer Streit. Die Frauen dürften aber nicht die Verlierer dieser Reform sein, denn die Gesellschaft profitiere von den insgesamt 7 Milliarden Stunden, die Frauen in den Familien für die Erziehung der Kinder und die Pflege älterer Menschen arbeiten. Staatssekretärin Ursula Haubner habe daher wie eine

Sozialpolitik / Pensionsreform

Löwin gekämpft, damit Erziehungs- und Pflegezeiten aus dem Durchrechnungszeitraum herausgenommen werden. So sei es den Freiheitlichen gelungen, Verbesserungen für die Frauen zu erreichen.

Abgeordnete Renate Csörgits (SP) machte zunächst darauf aufmerksam, wie lange die Regierung gebraucht habe, bis sie bemerkt hat, wie frauenfeindlich ihr Pensionsreformentwurf sei. Man müsse kein Versicherungsmathematiker sein, um zu erkennen, daß die Verlängerung des Durchrechnungszeitraums Frauen mit atypischen Versicherungsverläufen trifft. Dazu komme die Abschaffung der vorzeitigen Alterspension, von der viele Fließbandarbeiterinnen, Krankenschwestern, Hausbesorgerinnen und Frauen an Supermarktkassen betroffen seien. Die SPÖ trete demgegenüber für eine umfassende Pensionsreform ein, die den jungen Menschen Sicherheit gibt, den Vertrauensschutz wahrt und das Umlagesystem erhält. Bis 30. September wäre Zeit gewesen, einen Vorschlag auszuarbeiten. Für das Husch-Pfusch-Verfahren der Bundesregierung, stehe die SPÖ nicht zur Verfügung, schloss Csörgits.

Abgeordnete Dr. Gabriele Moser (Grüne) erinnerte die Vertreter der Bundesregierung und der Koalitionsparteien an eine Petition, die der freiheitliche Abgeordnete Uwe Scheuch vor wenigen Tagen eingebracht hat und in der es heißt: „Die Pensionsreform bringt schwerwiegende Eingriffe in die Lebensplanung der Bürger mit sich“. Moser zitierte auch den oberösterreichischen Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, der gesagt habe, „Politik darf nicht Angst machen, sondern muss Vertrauen schaffen. Das Rezept der Pensionsreform ist richtig, die Dosierung aber falsch“. Weder Pühringers Forderungen noch jene des ÖAAB seien mit den Veränderungen – Moser sprach von bloßen Peanuts – eingelöst worden. Nun sollte es darum gehen, auf parlamentarischer Ebene Lösungen zu entwickeln. „Warum tun Sie das nicht?“, fragte Abgeordnete Moser die Regierungsparteien.

Abgeordnete Doris Bures (SP) resümierte die Debatte über den Pensionsreformentwurf der Bundesregierung, indem sie den Koalitionsparteien vorwarf, einen sozial ungerechten Weg für Österreich gehen zu wollen. Der Bundeskanzler spreche zwar von „Behutsamkeit“, in Wirklichkeit sei seine Reform von „Grausamkeiten“ geprägt. Schlüssel habe den österreichischen Weg verlassen, die Tür zugeschlagen und er setze den sozialen Zusammenhalt aufs Spiel. Wenn er von „Abfederung“ spreche, befürchten die Menschen

zu Recht, „Federn lassen“ zu müssen. Mit dieser Reform werde die Glaubwürdigkeit der Politik beschädigt, sie ist für Bures verantwortungslos und unvernünftig. Der Wunsch nach einem Neustart habe mittlerweile auch die Wirtschaft und die katholische Kirche erfaßt. Der Bundeskanzler aber bleibe abgehoben, starrhalsig und uneinsichtig. Die SPÖ werde eine Bürgerinitiative starten, die dieser unsozialen Pensionskürzungsreform eine Absage erteilt, kündigte Abgeordnete Bures an.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne) befaßte sich zunächst mit dem Zuschußbedarf der Pensionskassen und stellte fest, daß der Zuschuß zwar in absoluten Zahlen steige, in Relation zum Volkseinkommen aber sinke. Klarheit müsse man auch hinsichtlich der demographischen Entwicklung schaffen. Sie werde erst ab dem Jahr 2020 zu Problemen führen. Rechtzeitig zu handeln bedeute also nicht, daß man nicht

noch ein halbes Jahr Zeit habe, vernünftige Lösungen auszuverhandeln. Dem Bundeskanzler gehe es aber offenbar darum, rasch kurzfristige Wirkungen zu erzielen, um eine Steuerreform zu finanzieren, bei der die große Frage lauten werde, wem sie nützen soll. Zugleich habe die Bundesregierung ein Gesetz für die Finanzierung der Abfangjäger vorgelegt, aber noch nicht bekannt gegeben, wie hoch die Kosten dieser Anschaffung sein werden. Kogler sprach in diesem Zusammenhang von einem Mißbrauch, der allein schon einen Mißtrauensantrag rechtfertige.

Bei der Abstimmung blieben der Antrag der Grünen, dem Bundeskanzler das Vertrauen zu versagen, ebenso in der Minderheit der Opposition wie der G-Entschließungsantrag betreffend ein „gerechtes Pensionssystem für alle“ und der SP-Entschließungsantrag für „Pensionen, die fair und gerecht sind“. ■

Einstimmiger Streikbeschluß des ÖGB-Bundesvorstandes

Der Streikbeschluß des ÖGB-Bundesvorstandes, der von allen Fraktionen einstimmig gefällt wurde, werde nun umgesetzt. Verzetnitsch: „Als überparteilicher Gewerkschaftsbund stellen wir uns an die Spitze des Protestes. Alle Menschen in diesem Land, unabhängig von ihrer parteipolitischen oder religiösen Zugehörigkeit sind eingeladen, sich mit demokratischen Mitteln anzuschließen.“

Unabhängig davon sei das Angebot der Sozialpartner, bis 30. September 2003 ein gemeinsames Reformkonzept vorzulegen, aufrecht. Verzetnitsch: „Jetzt liegt alles beim Bundeskanzler.“ Der ÖGB kämpft in den nächsten Wochen für:

Gerechte Pensionen

Statt einer Aushöhlung des österreichischen Sozialsystems und Pensionskürzungen soll gemeinsam mit den Sozialpartnern bis 30. September 2003 eine echte Reform ausgearbeitet werden. Die Bundesregierung soll den unsozialen Entwurf zur Pensionsreform zurückstellen.

Freien Zugang zum Gesundheitssystem

Statt genereller 20-prozentiger Selbstbehalte fordert der ÖGB freien Zugang zum Gesundheitssystem mit dem Recht auf beste medizinische Versorgung für alle.

Faire Arbeitsbedingungen

Statt nur die Öffnungszeiten auszudehnen fordert der ÖGB eine bessere arbeitsrechtliche Absicherung für Beschäftigte im Handel und keine Flexibilisierung der Arbeitszeit ohne Schutz durch den Kollektivvertrag.

Sichere Arbeitsplätze

Statt Gewinn bringende österreichische Unternehmen ans Ausland zu verscherbeln, fordert der ÖGB eine starke österreichische Industrie mit sicheren Arbeitsplätzen. Die Gewinne aus den Staatsunternehmen müssen weiterhin den heimischen SteuerzahlerInnen zugute kommen.

Die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Statt massivem Abbau von Planstellen, ohne Rücksicht ob es im jeweiligen Bereich personell überhaupt möglich ist, fordert der ÖGB eine Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

58 Jahre II. Republik

Erklärung des Bundeskanzlers aus Anlaß des Jahrestages der Wiedererrichtung der Republik Österreich am 27. April 1945

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute vor 58 Jahren, am 27. April 1945, wurde mit der Wiedererrichtung der Republik der Grundstein für die Erfolgsgeschichte des „neuen Österreich“ gelegt. Es lag an den Österreicherinnen und Österreichern, diese Wiederrichtung mit Leben zu erfüllen – und unser Land tatsächlich aus Schutt und Asche aufzubauen und aufzurichten. Die Menschen in unserer Heimat haben diese Chance der Geschichte unter großen Entbehrungen, mit großem Einsatz und mit dem unumstößlichen Glauben an eine bessere Zukunft auf beeindruckende Weise genützt.

Das, was unsere Eltern und Großeltern angetrieben und geeint hat, war eine gemeinsame Vorstellung und eine Vision von einer Zukunft in Sicherheit, Wohlstand und in Freiheit. Das hat sie verbunden, geeint und zusammengehalten – und dieses gemeinsame Ziel hat die darauf folgende Erfolgsgeschichte Österreichs erst ermöglicht. Die Lehre der Nachkriegszeit und der Jahre danach zeigen eines ganz klar: Ohne sozialen Zusammenhalt, ohne das Miteinander beim Lösen von Herausforderungen und Problemen läßt sich keine gemeinsame Zukunft bauen. Und diese Lehre gilt auch heute noch.

Die Zeiten haben sich natürlich verändert. Aber immer noch stehen wir vor der Aufgabe, gemeinsam Zukunft zu bauen, zu ermöglichen. Wir brauchen heute nichts wiederaufbauen, aber wir müssen vor-bauen. Das ist die große Verantwortung heutiger Politik.

Was wir heute tun oder nicht tun, entscheidet über die Zukunft der jungen Menschen, der Kinder und der künftigen Generationen. Der für uns alle so wichtige Wert der Solidarität endet ja nicht hier und jetzt, denn Solidarität muß besonders im Verhältnis zwischen den Generationen gelten. Das wurde in Österreich nicht immer gleich wichtig genommen. Statt Chancen wurden jungen Menschen Schulden auf den Weg in die Zukunft mitgegeben. Deshalb geht es heute mehr denn je um die Solidarität mit den Jungen. Auch sie haben das Recht auf eine Zukunft in Sicherheit und Wohlstand und dafür müssen wir heute die richtigen Entscheidungen treffen – und nicht später.

UN-Generalsekretär Kofi Annan, der in den vergangenen Tagen bei uns in Wien war, hat sehr treffend gesagt, daß es gegen die Ungerechtigkeiten und sozialen Klüfte ein „neues Band der Solidarität“ braucht. Und dieses Band müssen wir über die Generationen hinweg knüpfen und weben – so, daß jede und jeder darin eingebunden ist, so, daß sich wirklich jeder darauf verlassen kann.



Der Bundeskanzler bei seiner Erklärung im Ministerrat am 27. April 2003

Diese Regierung hat wie keine zuvor die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt. Das heißt nichts Anderes, als daß wir mit den Chancen kommenden Generationen sorgsam und sorgfältig umgehen müssen, daß wir die Handlungsspielräume

unserer Kinder nicht durch falsche Maßnahmen und Mangel an Verantwortung einengen dürfen. Das Nachhaltigkeitsprinzip erfordert eine Politik, bei der Maßnahmen von heute auch morgen und übermorgen noch halten.

Die Republik des Jahres 1945, deren „Geburtstag“ wir nun begehen, wird Anfang des 21. Jahrhunderts in demografischer Hinsicht immer älter. Die Zahl der älteren Menschen in Österreich steigt und steigt. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in den letzten 30 Jahren um 8 Jahre gestiegen. Waren im Jahr 2001 1,7 Millionen Österreicher über 60, so werden dies im Jahr 2020 bereits 2,3 Millionen und im Jahr 2040 fast 3 Millionen sein. Das bedeutet einen Anstieg der älteren Generation von rund 70 % und leider sinkt im Gegenzug dazu die Zahl der Kinder und Jugendlichen von 1,6 auf 1,3 Millionen im Jahr 2041.

Dieser Bevölkerungswandel wird das Gesicht unserer Republik nachhaltig verändern. Auf der einen Seite bringt er phantastische Lebenschancen und Entwicklungen für die Älteren, auf der anderen Seite aber enorme Risiken für die Jungen. Wir gewinnen eine zusätzliche Generation. Aber der Bevölkerungswandel stellt ganz neue Herausforderungen an unsere Institutionen, an unser Verständnis, was eigentlich gerecht und „sozial“ ist – und was diesen Anspruch nicht erheben kann. ■



58. Jahrestag der Wiedererrichtung der Republik Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Gedenken für die Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit im äußeren Burgtor.

Foto: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Schüssel: Wunden Europas haben zu heilen begonnen

Athen/Wien (bpd) – Mit der Unterzeichnung der Beitrittsabkommen mit zehn künftigen EU-Mitgliedern haben nach Worten von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel „die Wunden Europas zu heilen begonnen“. Schüssel hieß in seiner rund dreiminütigen Rede bei der Unterzeichnungszeremonie am Mittwoch (16. 04.) in Athen die Beitrittsstaaten als „gleichberechtigte Partner“ in der Union herzlich willkommen. Österreich mit seiner „Erfahrung einer mit Stacheldraht und Wachtürmen gesicherten Grenze“ habe immer davon geträumt, den Totalitarismus hinter sich zu lassen. Im Anschluß an die Rede unterzeichneten der Kanzler und Außenministerin Benita Ferrero-Waldner den rund 6000 Seiten zählenden Erweiterungsvertrag.

„Vor einem halben Jahrhundert wurde Europa befreit, mit tatkräftiger Hilfe von außen. Heute hat diese Befreiung einen gewaltigen Entwicklungsschub erhalten“ von uns selbst, aus uns selbst“, sagte Schüssel. Die Erweiterung nannte er „das wichtigste Werk der letzten Jahre“. Schüssel: „Wir haben gemeinsam gute Arbeit geleistet.“ Der Prozeß der Annäherung unter den alten und künftigen EU-Mitgliedern sei aber noch nicht abgeschlossen.

Schüssel dankte allen Experten, Politikern und Diplomaten, die die historische Erweiterungsrunde ermöglicht hatten. Namentlich



Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (M) mit dem Präsidenten von Zypern Tassos Papadopoulos (r) und seinem Außenminister George Iakovou (l) bei der Arbeitssitzung des Europäischen Rates. Bild: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

dankte er EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen, dessen „Hartnäckigkeit“ mitentscheidend gewesen sei. Auch Rumänien und Bulgarien, die nach dem Willen der EU 2007 beitreten sollen, hob Schüssel hervor.

Österreich sei selbst ein „junger Mitgliedstaat“ der EU und verstehe die großen Anstrengungen und Opfer, welche die Beitrittsländer und ihre Bevölkerungen in dem

Reformprozess gebracht hätten, sagte der Kanzler. Er selbst sei 1945 geboren und habe den Bogen von den Zerstörungen nach dem Zweiten Weltkrieg über den Wiederaufbau bis zur Konstruktion eines friedlichen Europas erlebt und mitgestalten dürfen. „Nicht Staaten vereinigen wir, sondern Menschen. Mit ihnen hoffen wir, mit ihnen freuen wir uns“, so Schüssel abschließend. ■

Ferrero-Waldner traf UN-Generalsekretär Kofi Annan in Wien

Wien (bmaa) – Anlässlich seines offiziellen Besuchs in Wien traf UN-Generalsekretär Kofi Annan am 23. 04. mit Außenministerin Benita Ferrero-Waldner zu einem Arbeitsgespräch zusammen. In einer Pressekonferenz im Anschluß an das Gespräch unterstrich Außenministerin Ferrero-Waldner „unsere gemeinsame Sorge um die notleidende, durch den Waffengang unschuldig in Mitleidenschaft gezogene Zivilbevölkerung, insbesondere der Kinder“.

In diesem Zusammenhang hat Österreich konkret zwei Initiativen gestartet.

Irakische Kinder werden zur Behandlung nach Österreich geholt und im Rahmen des „Netzwerks menschlicher Sicherheit“ wird Österreich ein Zentrum für die Behandlung kriegstraumatisierter Kinder in Jordanien und im Irak errichten.

Zur Rolle der Vereinten Nationen beim Wiederaufbau im Irak befragt, erklärte Ferrero-Waldner, daß „für Österreich und die EU eine zentrale Rolle der Vereinten Nationen wünschenswert sei“. Dazu wäre laut UN-Generalsekretär Annan eine Verbesserung der Umsetzung des „Oil for Food“-Programms notwendig, die eine effizientere Versorgung der irakischen Bevölkerung gewährleiste.

Ferrero-Waldner erwähnte in ihrem Gespräch mit dem UN-Generalsekretär überdies, daß Österreich in den Wochen vor der Militäroperation im Irak die Haltung des Generalsekretärs unterstützte, „der nicht müde

wurde, auf die große Bedeutung einer Einigung im Sicherheitsrat hinzuweisen. Als diese Einigung nicht erreicht werden konnte, teilten wir nicht nur seine Enttäuschung und sein Bedauern, sondern begrüßten auch sein entschlossenes Eintreten für die Rolle der Vereinten Nationen mit Hinblick auf die Zukunft des Irak“, so die Außenministerin. ■



UNO-Generalsekretär Kofi Annan (L) anlässlich seines offiziellen Besuches in Österreich mit Außenministerin Benita Ferrero-Waldner

Bild: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIAT

Europas Kinder lehren Nachhaltigkeit

Ein europaweites Projekt, das vom Club of Rome in Wien ins Leben gerufen wurde, sorgt für ein neues Umweltbewußtsein in Ost und West. Einer der geistigen Väter, Ivo Stanek^{*)}, erklärt die Hintergründe. *Im Gespräch mit Michael Mössmer.*

MM: Der Begriff „Nachhaltigkeit“ taucht mehrmals täglich in unseren Nachrichten auf. Er steht für den Versuch, Geschäftsideen zu verwirklichen, mit denen Bedürfnisse auf eine Weise befriedigt werden, die wirtschaftlich gewinnbringend und dennoch ökologisch verträglich sind sowie sozialen Nutzen bringen. Das gehört sicherlich in die Kernkompetenz des Club of Rome. Wie ist man aber darauf gekommen, die Bewußtseinsbildung über Kinder und Jugendliche aufzurollen?

Ivo Stanek: Auf Initiative des Austrian Chapter des Club of Rome ist unter dem Namen „eee – european environmental education“ ein Projekt ins Leben gerufen worden, das mit dem Slogan „Children teach parents“, also „Kinder erziehen Eltern“, das das Umweltbewußtsein von Kindern und Erwachsenen stärken bzw. sogar erst begründen soll. Was Nachhaltigkeit im täglichen Leben wirklich bedeuten kann, lernen Kindergartenkinder, Schüler und Studenten sozusagen spielerisch.

MM: Das ist sicher eine didaktische Herausforderung, da Nachhaltigkeit ja der Sammelbegriff für eine Vielzahl von einzelnen Notwendigkeiten ist. Können Sie dies in kurzen Worten definieren?

Ivo Stanek: Ja, gerne. Der Grundgedanke der Nachhaltigkeit ist, daß Wirtschaftswachstum nötig ist, um auch Erträge daraus zu erzielen, die dann in einem ausgewogenen System auch für soziale Zwecke und für Umweltnotwendigkeiten ausgegeben werden. Das ist sozusagen ein sich selbst genügendes System, das sinnvollerweise über die Generationen ermöglicht, daß Menschen in einem entsprechenden wirtschaftlichen, aber auch sozialen Umfeld leben und daß auch die Natur „stimmt“. Das sollte ein Ende der Mißbräuche der Natur bedeuten. Menschen, die zeitweise oder durch Krankheit oder Behinderung soziale Probleme



Ivo Stanek, Berater des Vorstandes der Bank Austria Foto: Bank Austria

haben, müssen entsprechende Unterstützung und Hilfe bekommen. Dazu ist es aber notwendig, eine wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, aus der eben die benötigten Gelder geschöpft werden können. Das ist im großen und ganzen das europäische Konzept der Nachhaltigen Entwicklung.

MM: Als Folge der weltweiten Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992, an der etwa 10.000 Delegierte teilnahmen, zwei internationale Abkommen, zwei Grundsatzserklärungen und ein Aktionsprogramm für eine weltweite nachhaltige Entwicklung beschlossen wurden, gab es ja 2001 eine EU-Konferenz in Göteborg. Dort wurde ja das Konzept der europäischen Nachhaltigen Entwicklung dann auch beschlossen, ist aber wegen der Anti-Globalisierungs-Demonstrationen damals eher untergegangen.

Ivo Stanek: Es ist aber eindeutig der Weg Europas. Im folgenden Jahr, am 30. April 2002, wurde schließlich eine österreichische Nachhaltigkeitsstrategie vom Ministerrat in Wien beschlossen. Damit machte die Bundesregierung Nachhaltige Entwicklung als Querschnittsmaterie zu einem Grundprinzip ihrer Politik. Der damalige Umwelt- und Landwirt-

schaftsminister Mag. Wilhelm Molterer wurde von der Bundesregierung beauftragt, die Umsetzung der Strategie zu koordinieren. Es ist übrigens ein sehr gutes Dokument, das eine große Anzahl wichtiger Themen umfaßt, wie: „Lebensqualität in Österreich“, „Österreich als dynamischer Wirtschaftsstandort“, „Lebensraum Österreich“ und „Österreichs Verantwortung“, womit die soziale Verantwortung gemeint ist wie Bekämpfung der Armut usw. Ich finde es sehr schade, daß dieses Dokument in der Öffentlichkeit so wenig bis gar nicht bekannt ist.

MM: War das das auslösende Moment für den Club of Rome, sich quasi zum Motor im Ideen-Transport zu machen?

Ivo Stanek: Wir haben im Austrian Chapter des Club of Rome überlegt, wie wir diese für unsere Zukunft so wesentlichen Inhalte transportieren könnten. Und sie vor allem dort sozusagen einzupflanzen, wo der Boden auch fruchtbar ist, um in diesem Bild zu bleiben. Daher haben wir damit begonnen, das Thema Nachhaltigkeit im Rahmen des Bildungswesens an Kinder heranzubringen. Der Club of Rome, dessen europäisches Dienstleistungszentrum seit drei Jahren in Wien angesiedelt ist, hat über Vorschlag des österreichischen Chapters des Club of Rome ein europäisches Umwelt-Erziehungsprogramm gestartet, das sich „eee – european environmental education“ nennt und das darauf abzielt, Kinder, vom Kindergarten über die Mittelschule bis zur Universität, aber auch Erwachsene in der Aus- oder Fortbildung immer wieder mit den Notwendigkeiten einer umweltschützerischen Tätigkeit und einer Umwelt-besorgten Aktivität zu konfrontieren. Dadurch soll eine Bewußtseinsänderung herbeigeführt werden.

MM: Sie haben diesen nicht eben üblichen Weg der Bewußtseinsbildung unter ein züliges Motto gestellt, das – so denke ich – gerade bei den Kindern sehr gut ankommen dürfte?

Ivo Stanek: Der Slogan lautet „Children teach parents“ bzw. „Kinder erziehen Eltern“. Die

^{*)} Ivo Stanek ist Berater des Vorstandes der Bank Austria, Koordinator des Österreichischen Organisationskomitees der „Danube Region Business Conference“ und Assoziiertes Mitglied des Club of Rome.

Österreich, Europa und die Welt

Kinder sagen also den Erwachsenen, „wie es geht“. Natürlich sind die bestehenden Bildungseinrichtungen der Raum, in dem sich die erste Begegnung mit diesem breiten Thema abspielt. Vieles läßt sich natürlich übers Internet realisieren, weshalb auf der „eee“-Site (<http://www.eee-projects.net>) nun möglichst viele Projekte angeboten werden, die von den Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden. Gleichzeitig sollen dort Sponsoren und Netzwerke gefunden werden, die im Schneeball-System ähnliches in Hunderttausenden Schulen in ganz Europa einsetzen, damit diese Durchdringung im Umweltbewußtsein in den nächsten Jahren passiert.

MM: Können Sie uns ein Beispiel geben, wie so ein Projekt aussehen kann?

Ivo Stanek: In der Bank Austria zum Beispiel gibt es einen Betriebskindergarten, wo in einem Projekt Kinder zuhause gesammelten Abfall in den Kindergarten mitbringen. Dort gestalten sie dann, unter Anleitung von Künstlern, kleine Kunstwerke. Sie bringen also alte Flaschen mit, die dann angemalt und mit Wasser verschiedentlich gefüllt werden. Dann kann man eine Melodie auf diesem Kunstwerk aus Altglas spielen. Das hat natürlich den Effekt, daß die Kinder bemerken, daß man Dinge nicht nur wegwerfen muß, sondern sie auch anderweitig verwenden kann. Wenn nun die Kinder von ihren Eltern verlangen, daß diese Flaschen gesammelt werden müssen, vorerst für den Kindergarten, später für die Altglascontainer, erreichen sie automatisch eine gewisse Autorität den Eltern gegenüber.

MM: Da gibt es auch ein Projekt, das ein Gymnasium gemeinsam mit der Gemeinde Wien realisiert wird.

Ivo Stanek: Das ist das Mittelschul-Projekt namens „Lebendige Liesing“, wo das Kollegium Kalksburg gemeinsam mit der Stadt Wien bei der Rückbildung der Liesing, deren Bett in den 50er-Jahren betoniert worden ist, praktisch ein Biotop wiederherstellt. Die Stadt hat sich die Schule als Partner genommen, um den Anrainern, also den Eltern der Kinder, zu sagen, warum eigentlich dieses Biotop wiederhergestellt wird: weil keine Fische mehr in der Liesing waren, weil im Umkreis die Gärten und Sträucher verdorrt sind. Daraus hat man eine Kommunikations-Show gemacht, die entlang der Liesing mit dem Baufortschritt laufend informiert, was hier gerade geschieht. Kinder haben zum

Beispiel im Kunstunterricht für ein Denkmal, das der Rettung der Fische in der Liesing gewidmet ist, selbst Fische modelliert, die dann in einer Box zum „Begreifen“ im Sinne des Wortes ausgestellt wurden (*siehe Foto*). Für solche Projekte soll auch ein Gütesiegel geschaffen werden, das möglichen Sponsoren die Entscheidung erleichtern soll.

MM: Wie ist die Resonanz aus dem Ausland? Sie wollen doch erreichen, daß „eee“ europaweit funktioniert.

Ivo Stanek: Wir haben bereits Partner in Spanien und in Deutschland, wo in diesem Sinne bereits Projekte umgesetzt werden sollen. Besonders freuen wir uns über sehr gute Kontakte in Bulgarien, auch auf politischer Ebene, wo erstmals – und bisher einmalig – ein Jugendklub des Club of Rome gegründet wurde, dessen Vertreter bereits in Wien waren und konkrete Projekte vorgestellt hat. Dieser Jugendklub wird sich nun aktiv in diese Achse Spanien – Deutschland – Österreich – Bulgarien einbringen und wir hoffen, daß dann viele andere Länder beginnen werden, in diese Wechselwirkung, in diese Entwicklung einzugreifen.

MM: Sie haben mit dieser Initiative in Bulgarien einen wesentlichen Schritt gemacht, ist doch gerade der Osten Europas besonders in die Notwendigkeit der Nachhaltigkeit einzuschließen.

Ivo Stanek: Wir legen besonders großes Augenmerk auf Osteuropa. Denn dort werden in den kommenden Jahren rund 120 Milliarden Euro für die Bewältigung der Vergangenheit ausgegeben werden. Die österreichische Umwelttechnologie hat sich aufgrund der frühzeitigen und sehr rigorosen Umweltgesetzgebung sehr großes Know-how angeeignet, das sehr erfolgreich in die ganze Welt verkauft wird. Es gibt schon sehr schöne Beispiele für die kommende, grenzüberschreitende Kooperation: Nahe der Grenze wurde eine neue Kläranlage in der Slowakei gebaut, die aber auch einen österreichischen Ort mitversorgt. Es gibt aber auch schon eine Anlage in Österreich, an die eine tschechische Gemeinde angeschlossen ist. Damit verbunden ist natürlich auch eine Verbesserung der Lebensqualität und ein nachhaltiger Schutz der Umwelt.

MM: Welche Netzwerke helfen Ihnen denn, speziell in Osteuropa diesen europäischen Gedanken zu vermitteln?

Ivo Stanek: Wir haben 1993 gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Europa-Politik begonnen, die Idee des „Europa Clubs“ zu propagieren. Es wurde ein erster in Wien zusammen mit den Sozialpartnern Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung, weiters dem Büro der Europäischen Union in Wien und des Europäischen Parlaments in Wien und der Bank Austria ge-



Eröffnung des Infocenter Liesingbach durch StR. Di Isabella Kossina: »Damit entsteht ein neues Erholungsgebiet für die Bevölkerung«

Foto: PID / Votava

gründet. Von Wien aus wurden in der Zwischenzeit bereits sechs Töchter, in Brüssel, Zagreb, Laibach, Sarajevo, Budapest, Bukarest ins Leben gerufen. Demnächst folgen zwei weitere „Europa Clubs“ in Sofia und Belgrad, sodaß ein Netzwerk von europäischer Kommunikation zustandegebracht wurde (<http://www.european-club.net>). Nach dem Modell Österreich, wo der Club als Forum der Diskussion vor dem EU-Beitritt Österreichs 1994 aktiv wurde, übernimmt dieses Netzwerk der Clubs in Osteuropa dieselbe Idee, nämlich die Information vor den Referenden. Das spielt sich gerade jetzt sehr intensiv ab. Es wird natürlich, neben allen anderem Europa-bezogenem auch sehr intensiv über das Thema „Euro und Erweiterung“ diskutiert und informiert. Das gilt natürlich für Ungarn genauso, die hatten ja erst vor kurzem das Referendum und werden in den nächsten drei Jahren das Thema Euro an die Bevölkerung herantragen müssen und sie haben in den nächsten drei oder vier Jahren auch das Thema der Erweiterung nämlich in Richtung Osten – sprich Bulgarien und Rumänien – zu diskutieren. Und da geben die Clubs von einer informellen und vollkommen unparteiischen Position aus wertvolle Hilfe in Form einer Plattform zur Diskussion zwischen Studenten und Professoren, öffentlichen Angestellten, Beamten und Leuten aus der Wirtschaft.

MM: Hier spielt ja auch der Donaauraum eine wesentliche Rolle.

Ivo Stanek: Im Oktober dieses Jahres fügt sich noch ein Mosaikstein in dieses Netzwerk, nämlich die 4. Donaauraum-Konferenz in Bukarest (<http://www.drbc4.net>). Dort wird über wirtschaftliche Themen im Donaauraum sehr intensiv diskutiert werden mit der Möglichkeit, die Resultate an die politische Ebene heranzutragen. Es gibt seit dem Vorjahr den „Donaauraum-Kooperationsprozeß“, wo die 13 Donauländer gemeinsam mit der Europäischen Union und dem Stabilitätspakt versuchen, eine Harmonisierung der wirtschaftlichen, sozialen und Umwelt-Voraussetzungen besser zu gestalten. In der langfristigen Perspektive gehört die Ukraine, die ja auch ein Donauland ist und erst in vielleicht zehn Jahren in die EU eintreten wird können, notwendigerweise zu diesem Wirtschaftsraum und auch zu dem Kreis, der soziale und wirtschaftliche Themen bearbeitet.

MM: Herr Stanek, danke für das Gespräch!

Österreichisches Know-how bei der Weltbank gefragt

Österreichische Beratungsdienstleistungen und Lieferungen über 26,7 Mio. USD im Jahr 2002 unterzeichnet

Washington (wko) – Österreichische Unternehmen sind bei der Weltbank gut eingeführt: Sie konnten im Jahr 2002 24 Aufträge mit einem Gesamtwert von 26,7 Mio. USD unterzeichnen. Mit der Finanzierung dieser Beratungs- und Lieferleistungen will die Weltbank die Armut in Entwicklungsländern mindern. Die Rückflüsse aus Weltbankaufträgen an österreichische Unternehmen waren damit mehr als das Doppelte, als es dem kleinen Kapitalanteil Österreichs von 0,7% an der Entwicklungsbank entspricht.

Den größten Auftrag konnte dabei die Grazer AVL GmbH vorweisen: Sie wird um 9,15 Mio. USD ein Labor zur Messung von Fahrzeuglärm und Abgasen nach Sao Paulo liefern. Weitere österreichische Geschäftserfolge: Zur Überwindung der Krisensituation in Äthiopien sollen von der Wagner Biro Brückenbau AG gelieferte temporäre Stahlbrücken um 2,8 Mio. USD beitragen. Zwecks Modernisierung der kroatischen Staatsbahnen gibt es Knorr Bremsen um 2 Mio. USD, IFE Waggon-türen um 1,52 Mio. USD und VAE AG Spezialstähle um 0,72 Mio. USD. Mit aus Österreich gelieferten Fujitsu Siemens Computer um 2 Mio. USD soll der bulgarische Gesundheitssektor reformiert werden. Die Alpine Mayreder Ges.m.b.H. wird mit Partnern den Ausbau des Grenzübergangs Orasje in Bosnien-Herzegowina vornehmen, der Auftragswert für Alpine alleine beträgt 1,77 Mio. USD. Um 1,7 Mio. USD liefert die Linz Service GmbH Energieeinrichtung nach Albanien. Zwecks Vermeidung zukünftiger Hochwasserkatastrophen wird die Verbundplan Ges.m.b.H. in

Wien das bestehende hydrologische Prognosesystem Polens um 1,38 Mio. USD verbessern.

Österreichisches Know-How der Firmen Raiffeisen Investment AG, Meinl Capital Advisors AG sowie EPIC war bei der Vorbereitung von Privatisierungsprojekten in Bosnien Herzegowina (allgemeine Projekte sowie für einen Fruchtsafthersteller), in Serbien Montenegro (allgemeine Projekte) sowie in Usbekistan (für ein Zementwerk) gefragt. Albanien vertraut auf die Human Dynamics AG zur Verbesserung der volkswirtschaftlichen Führung des Landes. Und die traditionelle Kompetenz österreichische Unternehmen im Umweltbereich wurde noch mit Lieferung von Grundfos-Pumpen für die Kläranlage Mostar in Bosnien-Herzegowina sowie mit Kohlendioxid-Meßsystemen der KWI Projektentwicklungs- und Consulting GmbH für Polen unterstrichen.

Die Wirtschaftskammer Österreich unterstützt österreichische Unternehmen mit einem Zweigbüro der Außenhandelsstelle New York in Washington D.C. bei der Kontaktaufnahme mit der Weltbank. Im Rahmen einer Wirtschaftsmission werden Ende April 2003 20 Unternehmensvertreter aus Österreich erwartet, welche bei der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank Gespräche führen wollen. Bei der Wirtschaftskammer Österreich in Wien gibt es am 23. Mai 2003 ein allgemeines Weltbank-Beschaffungsseminar und am 3. Juli 2003 die Möglichkeit für ein Treffen mit Wasserexperten der Weltbank für Europa- und Zentralasien.

Franz Rössler

Mehr als nur Nachbarn

Bregenz (vlk) - 13 neue grenzüberschreitende Projekte mit der Schweiz, Liechtenstein, Bayern und Baden-Württemberg erhalten im Rahmen des Interreg IIIA-Programms „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ insgesamt rund 3,3 Millionen Euro EU-Fördermittel. Weitere Mittel werden von den „Nicht EU-Ländern“ Schweiz und Liechtenstein beigesteuert, erklärte LH Herbert Sausgruber. ■

Ljubljana: EU-Countdown

Wien (rk) – Ab 1. Mai 2004 wird Slowenien EU-Mitglied sein. In der Hauptstadt Ljubljana laufen die Vorbereitungen für diesen historischen Schritt auf Hochtouren. Wien bietet dabei willkommene Unterstützung. Eine Delegation mit Magistratsdirektor Dr. Ernst Theimer an der Spitze war in der slowenischen Hauptstadt, wo er mit seine Amtskollegin Dipl.iur. Amalija Siftar traf. ■

25 Jahre Radio Austria 4

Radio Austria 4“ in Adelaide feiert heuer sein 25jähriges Jubiläum. Am 14. Januar 1978 wurde in Süd-Australien das erste österreichische Radioprogramm ausgestrahlt und ist seit dieser Zeit wöchentlich zu hören.

Aus diesem Anlaß wurde am 15. Februar 2003 ein Gala-Abend im österreichischen Klub abgehalten. Präsident Heinz Fuchs und sein derzeitiges Team konnten viele ehemalige Mitarbeiter begrüßen. Auch Herr und Frau Milanko, Hans und Brenda Degenhart von unserem Haussender „SEBI-FM“, sowie der Chairman der „Deutschen Stimme“, Hans Renner mit Gattin, waren anwesend.

Nach gutem Essen, von freiwilligen Klubmitgliedern gekocht und serviert, wurden einige langjährige Mitarbeiter geehrt. RA4-Vizepräsident und Klub-Präsident Herbie Reiter, der seit der ersten Stunde an aktiv dabei ist, wurde ein Zinnteller aus Österreich mit eingravierten Wappen aller Bundesländer überreicht.

Zum Abschluß des offiziellen Programms wurde die österreichische Bundeshymne gespielt und bei „Standing Ovation“ hörten alle Anwesenden eine Grußbotschaft unseres Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil.

Nach einer Tanzrunde der Hausband „Herbert and Herbert“ kam ein weiterer Höhepunkt: Eine Top-Star-Revue, aufgeführt vom gegenwärtigen Radioteam. Musikdirektor Herbert Stauber eröffnete die Show mit dem Titel Cabaret. Anschließend traten auf: Heintje, Melina Mercouri, Heino, Roy Black und Anita, Marilyn Monroe, Peter Alexander, Robbie Williams und Nicole Kidman und Nana Mouskouri. Zum Abschluß fetzte unser Team der Jugendsendung „Jetzt geht's los“ als ABBA über das Parkett. Das Publikum tobte und war begeistert. Als auch die Tombola mit attraktiven Preisen vorbei war, spielte die Band flott auf und die Tanzfläche war bis zum Schluß gerammelt voll. Dieser gelungene Abend wird bestimmt allen in guter Erinnerung bleiben.

Radio Austria 4 hat zum 25-jährigen Jubiläum viele Gratulationen aus Österreich erhalten. U. a. kamen auch audielle Grußbotschaften der ORF Landesdirektoren von Wien, Salzburg, Kärnten und Vorarlberg, die in den nächsten Radiosendungen ausgestrahlt werden. Auch trafen rechtzeitig Bücher vom Molden-Verlag, Verlag der Apfel und CD's von Universal Music Austria ein, die vom „Österreich Journal“ organisiert wur-

den. Diese Exemplare werden in unseren Sendungen das ganze Jahr über an die Zuhö-

rer verlost. „Radio Austria 4“ bedankt sich dafür sehr herzlich. *Herbert Stauber*



Präsident Heinz Fuchs konnte viele Gäste und Mitarbeiter begrüßen



Eine der humorvollen Darbietungen zeigte Badewannen-Kapitän „Peter Alexander“



Das Team der Jugendsendung „Jetzt geht's los“ brillierte als Pop-Gruppe ABBA

Österreichs Außenhandel – eine Erfolgsgeschichte

50 Millionen Euro für Internationalisierungs-Offensive angekündigt;
Zahlungsbilanz der OeNB für Jänner und Feber 2003

Der Erfolgsgeschichte des Österreichischen Außenhandels setzt sich weiter fort, die Handelsbilanz ist im Jahr 2002 sogar erstmals positiv, zeigte sich Wirtschafts- und Arbeitsminister Dr. Martin Bartenstein anlässlich der Präsentation des Außenwirtschaftsjahrbuches 2002/2003 erfreut. „Um die Exportwirtschaft weiter zu stützen, ist gemeinsam mit der Wirtschaftskammer eine Internationalisierungs-Offensive geplant, die auf Mittel in der Höhe von insgesamt 50 Mio. Euro für 2003 zurückgreifen kann“, so Bartenstein weiter. Jeweils 25 Mio. steuern der Bund und die WKÖ bei. Diese Offensive soll auch 2004 weitergeführt werden.

Österreichs Exportwirtschaft hielt sich 2002 unter schwierigen Rahmenbedingungen sehr gut: Nach einer Zunahme von 6,5 Prozent im Jahr 2001 wuchsen die österreichischen Warenexporte laut vorläufigen Zahlen im Jahr 2002 um 4,1 Prozent. „Trotz der schwierigen internationalen Rahmenbedingungen sollte auch für 2003 ein Plus drinnen sein“ so Bartenstein. „Gott sei Dank gibt es die Nachbarn im Osten“, so der Minister weiter, denn der Osthandel erwies sich als besonderer Wachstumsmotor. Seit 1995 wuchsen die österreichischen Exporte in die Oststaaten um jährlich durchschnittlich 12,5 Prozent, damit stieg ihr Anteil von 14 auf fast 18 Prozent. Das bedeutet ein Aktivum von rund 3 Milliarden Euro und eine Deckungsquote von 129 Prozent.

Mit dieser Entwicklung des Exportes und der Außenwirtschaft ist Österreich eine „international herzeigbare Größe“. Erstmals seit 1912 kam es 2002 zu einer positiven Handelsbilanz mit einem Überschuss von 319 Millionen Euro. „Das beweist die Qualität der österreichischen Exporteure und die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft“, so Bartenstein.

Auch bei den Direktinvestitionen ist Osteuropa Topdestination für österreichische Unternehmen. Insgesamt wurde im ersten Halbjahr 2002 mit 3,2 Milliarden Euro bereits soviel investiert, wie im gesamten Jahr davor, die Hälfte davon in Mittel- und Osteuropa.

Damit wird auf das wichtigste handelspolitische Ereignis dieses Jahres Bezug genommen, die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancun/Mexiko. Diese wird neben einer Bestandsaufnahme der laufenden Verhandlungen Entscheidungen über die Aufnahme von Verhandlungen in den Bereichen Investitionen und Wettbewerb sowie wichtige Weichenstellungen bezüglich der Behandlung entwicklungspolitischer Aspekte im WTO-Rahmen bringen.

Die österreichische Leistungsbilanz wies - auf Basis von Zahlungsströmen - im Zeitraum Jänner bis Februar 2003 mit 0,43 Mrd. Euro einen leicht positiven Saldo auf (Jänner bis Februar 2002: - 0,13 Mrd. Euro).

Die österreichische Zahlungsbilanz

in den Monaten Jänner und Februar 2003 wurde dieser Tage von der Oesterreichischen Nationalbank auf Basis von Zahlungsströmen („Cash-Basis“) präsentiert. Die Bilanz der Waren- und Dienstleistungszahlungen verzeichnete im Berichtszeitraum mit 1,28 Mrd. Euro einen etwas höheren Überschuss als im Vergleichszeitraum 2002 (1,10 Mrd. Euro). Die Reiseverkehrsbilanz als wichtigste Komponente der Dienstleistungen wies mit 1,58 Mrd. Euro etwas geringere Überschüsse aus als in den ersten beiden Monaten 2002 (1,71 Mrd. Euro). Dies ist einerseits auf einen Anstieg der Reiseverkehrausgaben der Österreicher um 7 Prozent und andererseits auf einen Rückgang der Einnahmen um 3 Prozent – teilweise bedingt durch eine Ferienverschiebung in wichtigen Herkunftsländern – zurückzuführen.

Der Saldo der Einkommensbilanz war mit -0,79 Mrd. Euro gegenüber -0,82 Mrd. Euro im Vergleichszeitraum 2002 fast unverändert. Dabei zeigten die Einkommen aus Portfolioinvestitionen geringere Abflüsse als in den Vergleichsmonaten 2002 (-1,00 Mrd. Euro gegenüber -1,14 Mrd. Euro); die Einkommenszuflüsse in der Position „aus Sonstigem“ – im Wesentlichen der kurzfristige Kapitalverkehr des Bankensystems – lagen da-

gegen unter dem Vergleichswert. Einkommen aus Direktinvestitionen entsprachen annähernd dem Vorjahresniveau.

Das Defizit im Bereich der Laufenden Transfers reduzierte sich im Berichtszeitraum auf -0,05 Mrd. Euro (Jänner-Februar 2002: - 0,41 Mrd. Euro). Die Bilanz der Vermögensübertragungen, die im Vergleichszeitraum ein Defizit in Höhe von - 0,15 Mrd. Euro aufwies, zeigte mit - 0,03 Mrd. Euro ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis.

Die Kapitalbilanz wies im Berichtszeitraum Nettozuflüsse aus Portfolioinvestitionen und – wengleich volumenmäßig vergleichsweise gering – aus Direktinvestitionen sowie Nettokapitalabflüsse aus Sonstigen Investitionen auf.

Deutlich rückläufig waren die Portfolioinvestitionen österreichischer Anleger im Ausland: Das Investitionsvolumen verringerte sich von 10,69 Mrd. Euro (Jänner bis Februar 2002) auf 4,41 Mrd. Euro im Berichtszeitraum. Auch die Veranlagungen ausländischer Investoren in österreichischen Wertpapieren lagen mit 6,22 Mrd. Euro unter dem Vergleichswert 2002 (8,63 Mrd. Euro). Per Saldo ergaben sich Kapitalzuflüsse in Höhe von 1,82 Mrd. Euro. Langfristige festverzinsliche Wertpapiere waren weiterhin das bedeutendste Anlageinstrument.

Österreichische Direktinvestitionen im Ausland waren mit einem Volumen von 0,36 Mrd. Euro gegenüber dem Vergleichszeitraum 2002 (0,31 Mrd. Euro) wenig verändert. Ausländische Direktinvestoren veranlagten in Österreich mit 0,45 Mrd. Euro mehr als in den ersten beiden Monaten 2002 (0,10 Mrd. Euro).

Nettokapitalabflüsse aus Sonstigen Investitionen, die hauptsächlich durch den kurzfristigen Kapitalverkehr des Bankensystems bestimmt werden, verzeichneten mit - 2,39 Mrd. Euro einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vergleichszeitraum (- 0,18 Mrd. Euro).

Die offiziellen Währungsreserven verzeichneten eine transaktionsbedingte Abnahme in Höhe von 0,53 Mrd. Euro. ■

Quellen: BMWA, OeNB

Exportpreis-Sieger 2003

Backaldrin, CHI ELECTRONIC, Jenbacher und Salzkammergut Touristik

Leitl: Preisverleihung ist doppelter Grund zum Feiern, denn die erfolgreichen heimische Exportunternehmen bewahrten Österreich vor einer Rezession

Am Montag (28. 04.) wurden in der Wirtschaftskammer Österreich die „Oscars“ der heimischen Exportwirtschaft verliehen. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, prämierte in den vier Kategorien Handel, Gewerbe, Industrie und Tourismus die erfolgreichsten Exporteure. Der Preis, der gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium seit 1994 jährlich vergeben wird, ist eine Auszeichnung für jene Unternehmen, die sich durch überdurchschnittliches Engagement und Erfolge auf Auslandsmärkten etabliert haben. Leitl betonte in diesem Zusammenhang, daß „die exportorientierten Unternehmen Österreich im vergangenen Jahr vor einer Rezession bewahrt und uns zum ersten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik ein Handelsbilanzaktivum beschert haben.“ Das österreichische Exportvolumen machte im vergangenen Jahr 77,3 Mrd Euro aus, was einem Zuwachs von 4,1 Prozent gegenüber 2001 gleich kommt. Leitl: „Damit ist Österreich Exporteuropameister. In keinem anderen EU-Land waren die Zuwächse im vergangenen Jahr derartig hoch.“ Und für dieses hervorragende Gesamtergebnis wurden einige Unternehmen stellvertretend ausgezeichnet, so Leitl.

In der Kategorie Gewerbe wurde Backaldrin Österreich zum Sieger gekürt. Die zwei



Präsident Dr. Christoph Leitl, Dr. Ernst Huber Vizepräsident Matthias Krenn (v.r.n.l. alle WKÖ) Foto: fotospeed



Sektionschef Mag. Josef Mayervom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, Andrew Nussbaumer, Palast Gastronomie, WK-Präsident Dr. Christoph Leitl, Brigitte Stumpner vom Salzkammergut Touristik Incoming Reisebüro und Direktor Kurt Dohnal vom Grand Hotel Sauerhof Foto: fotospeed

Anerkennungspreise gingen an Berlinger Holzbau GmbH und Carbo Tech Composites GmbH.

CHI Electronic AG wurde Sieger in der Sektion Handel, dahinter wurden Rutar Center Gesellschaft m.b.H und BKS Ovotherm International Handels GmbH gereiht.

Im Bereich Industrie siegte die Jenbacher AG vor Hermann Pfanner Getränke GesmbH und Böhler Edelstahl GmbH & Co KG. In der Kategorie Tourismus war Salzkammergut Touristik Incoming Reisebüro Brigitte Stumpner erfolgreich. Die Anerkennungspreise gingen in dieser Sparte an Palast Gastronomie GmbH und Grand Hotel Sauerhof Betriebsgesellschaft m.b.H.

Die Bewertungskriterien

Die Bewertungskriterien für die Vergabe des Exportpreises waren folgende: Exportmarktstrategien, Anteil der Ausfuhren an den gesamten Unternehmensaktivitäten, Steigerung des Exportanteils, Risikobereitschaft und Innovationsfreudigkeit des Unternehmens, Kooperation mit anderen österreichischen Betrieben (etwa Zulieferern), erfolgreiche Joint-Ventures und die Vermarktung besonderer österreichspezifischer Erzeugnisse

Backaldrin Österreich

<http://www.backaldrin.com>

Berlinger Holzbau GmbH

<http://www.berlinger-holzbau.at>

Carbo Tech Composites GmbH

<http://members.aon.at/carbotech>

CHI Electronic AG

<http://www.chi.at>

Rutar Center Gesellschaft m.b.H

<http://www.rutar.at/home.htm>

BKS Ovotherm International Handels GmbH

<http://www.ovotherm.com>

Jenbacher AG

<http://www.jenbacher.com>

Hermann Pfanner Getränke GesmbH

<http://www.pfanner.com>

Böhler Edelstahl GmbH & Co KG

<http://www.boehler-edelstahl.at>

Salzkammergut Touristik Incoming Reisebüro Brigitte Stumpner

<http://www.salzkammergut.co.at>

Palast Gastronomie GmbH

<http://www.impalast.at>

Grand Hotel Sauerhof Betriebsgesellschaft m.b.H

<http://www.sauerhof.at>

oder Dienstleistungen. Pro Kategorie wurden drei Kandidaten nominiert aus denen die Jury mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Medien und Forschung je einen Sieger ermittelte.

Die Exportpries-Jury setzte sich neben Christoph Leitl und Wirtschaftsminister Martin Bartenstein wie folgt zusammen: Richard Schenz (WKÖ), Elisabeth Gürtler-Mauthner (Sacher Hotels), Georg Wailand (Wirtschaftsmagazin „Gewinn“), Leo Wallner (Casinos Austria), Helmut Kramer (Wifo), Franz Hlavac (ORF), Reinhard Moser (WU-Wien) und Walter Bornett (Institut für Gewerbe- und Handelsforschung).

2002 gingen 60 Prozent der österreichischen Ausfuhren in den EU-Raum, 16 Prozent in die MOEL-Staaten, je rund sechs Prozent nach Asien und Nordamerika. Wichtigste Exportdestination ist nach wie vor Deutschland mit einem Volumen von 24,7 Mrd Euro im Jahr 2002 (+2,2%), gefolgt von Italien (6,6 Mrd Euro; +3,7%), der Schweiz (4,1 Mrd Euro; +5,3%), den USA (4 Mrd Euro; +1,6%) und Großbritannien (3,6 Mrd Euro; +4,7%). In Hinblick auf die bevorstehende EU-Erweiterung hob Leitl die besonders erfreulichen Exportzuwächse in die künftigen EU-Mitgliedsstaaten hervor: „In der gesamten Region machte der Zuwachs fast acht Prozent aus und liegt damit weit über unserem weltweiten Durchschnitt.“ ■

Faigle Kunststoffe gründet Tochter in China

Hard (twp.at) – Der Vorarlberger Kunststoffverarbeiter Faigle Kunststoffe GmbH startete Anfang April mit einem eigenen Unternehmen in China. Die Suhou Faigle Engineering Plastics in Suhou ist ein 100-prozentiger Tochterbetrieb und für Montage und Assembling zuständig. Im ersten Jahr soll der Standort mit zehn Mitarbeitern einen Umsatz von zwei Millionen Euro erzielen.

Bis Ende 2003 will Geschäftsführer Wolfgang Faigle darüber entscheiden, ob auch eine Spritzgußfertigung aufgebaut wird. „Derzeit liefern wir Halbfertigteile nach China, die vor Ort zusammengebaut werden. Mittelfristig möchten wir von Hard aus nur noch Rohmaterialien nach Suhou transportieren“, erklärte Faigle dem Wirtschaftspresse-dienst twp.at. Die Entscheidung zur Standortgründung in China gehe auf die dortige Präsenz von international tätigen Kunden zurück. „Wir sind sozusagen unseren Abnehmern in die Region gefolgt“, stellt Wolfgang Faigle fest. ■

Österreich-Tourismus baut internationale Wettbewerbsposition weiter aus

Im Jahr 2002 erreichte der Tourismus in Österreich mit 27,3 Mio. Gästeankünften einen neuen Rekordwert. Der Beitrag des Tourismussektors zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (BIP) stieg auf 9,6 Prozent.

Im Jahresdurchschnitt 2002 wuchsen die Einnahmen im internationalen Reiseverkehr schwächer als im Jahr davor, jedoch mit rund +5 Prozent deutlich stärker als die Gesamtwirtschaft. Die Wachstumsverlangsamung geht in erster Linie auf die Entwicklung in der Wintersaison zurück, in der Sommersaison belebte sich die Auslandsnachfrage trotz internationaler Konjunkturschwäche und der Hochwasserkatastrophe.

Die Reisenachfrage der Österreicher schwächte sich nach dem kräftigen Zuwachs im Jahr 2001 ebenfalls ab. Die Aufwendungen für Inlandsaufenthalte stiegen nominell nur geringfügig, real stagnierten sie. Die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen wurden gegenüber 2001 nicht mehr gesteigert und gingen real um 3 Prozent zurück.

Trotz der Wachstumsverlangsamung schnitt der Tourismus in Österreich im internationalen Vergleich hervorragend ab: Im Jahr 2002 gewann Österreich – gemessen an den inter-

nationalen europäischen Zahlungsströmen – weiterhin Marktanteile und erreichte einen Wert von 5,7 Prozent. Damit war Österreich das einzige europäische Land, das signifikante Marktanteilsgewinne verbuchte (+6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr).

Die Ursachen dieser Verbesserung der Wettbewerbsposition sind vielfältig: Die Positionsgewinne können zum Teil auf Qualitäts- und Strukturverbesserungen zurückgeführt werden, aber auch auf eine erfolgreiche Vermarktung Österreichs als qualitativ hochwertige Kurzurlaubsdestination mit hohem Erlebniswert im Zentrum Europas. Weiters wirkte sich die wachsende Verunsicherung der Gäste in Bezug auf deren Sicherheitsbedürfnis (Terrorangst, Kriegsgefahr) aus. In diesem Zusammenhang zog Österreich Vorteile daraus, daß es als sicheres, bequem mit dem Auto erreichbares Urlaubsland gilt. In der Sommersaison machten die genannten positiv wirkenden Struktureffekte die von der internationalen Konjunkturschwäche ausgehenden dämpfenden Effekte mehr als wett und bewirkten eine Belebung der Auslandsnachfrage, wogegen in der Wintersaison die schwache Wirtschaftsdynamik stark durchschlug.

Univ.-Doz. Mag. Dr. Egon Smeral, WIFO

ÖWM bestätigt Weinexportrekord 2002

Was sich nach drei Quartalen bereits angekündigt hat, wurde jetzt bestätigt: Österreichs Weinwirtschaft darf sich über einen Rekordexport im Jahr 2002 freuen. Tendenz: weiter steigend. Michael Thurner, Geschäftsführer der Österreichischen Weinmarketinggesellschaft (ÖWM), sieht damit auch die jahrelange Aufbauarbeit der österreichischen Weinwirtschaft bestätigt.

Plus 17,1 Prozent Menge und plus 9,5 Prozent Wert gegenüber dem Jahr 2001: Das sind Steigerungsraten, die sich angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes wirklich sehen lassen können. Aber nicht nur das. Sie bedeuten in absoluten Zahlen laut Statistik Austria, daß Österreichs Weinexport mit 60,3 Millionen Liter und einem Ertrag von 56,5 Millionen Euro ein Rekordniveau erreicht hat. Besonders erfreulich ist dabei die Tatsache, dass mit einem Plus von 24,8 Prozent vor allem im Qualitätsweinexport stark zugelegt werden konnte. „Ein beachtlicher Erfolg“, freut Thurner und hebt in diesem Zusammenhang die Serviceleistungen der ÖWM

positiv hervor: „Die zahlreichen internationalen Verkostungserfolge und die konsequente Medienarbeit tragen jetzt ihre Früchte“. Dennoch sieht Thurner weiteren Handlungsbedarf. „Wir müssen vor allem an einer Steigerung der Wertschöpfung arbeiten“, stellt er in Hinblick auf den hohen Anteil von Faßweinexporten an der Gesamtmenge fest und ergänzt: „Genau dabei wird uns in Zukunft eine bessere Herkunftsvermarktung – Stichwort DAC – helfen.“

Besonders gefragt waren im Vorjahr sowohl im In- wie auch im Ausland die österreichischen Rotweine. Die kontinuierliche Steigerung der letzten Jahre im Export setzte sich fort. Mit einem Mengenplus von 29,8 und einem Wertzuwachs von 21,8 Prozent konnte hier ein Rekordergebnis eingefahren werden. Der Rotweinanteil an der Gesamtexportmenge erreichte damit 27, was wertmäßig bereits 39 Prozent der Gesamtausfuhren ausmacht. „Unsere Rotweine sind gefragt wie noch nie“, freut sich Österreichs oberster Weinwerber, Michael Thurner. ■

170 Loks und 1000 Waggons

In Kärntner Faak am See entsteht eine neue 200 m²-Modellbahn-Welt für kleine und große Männer

Irgendwie träumt wohl jeder Bub einmal davon, von einer „richtigen“ Modelleisenbahn-Anlage. Aber nur wenige sind es, die sich das später „alles leisten“ können. Oder dürfen, oder wollen. Können Sie sich vorstellen, und hier seien ausnahmsweise nur männliche Leser angesprochen, daß Ihre bessere Hälfte zustimmen würde, ausgerechnet im ehelichen Schlafzimmer Ihre erste, richtige Anlage entstehen zu lassen? Und das kurz nach der Hochzeit? Nun, wahrscheinlich werden diese Frage nicht sehr viele ehrlich mit „ja“ beantworten können.

Einen kennen wir aber, dessen Frau volles Verständnis dafür hatte: Es ist der aus dem Ausseer-Land gebürtige Horst Steinhöfler. Er verfügt wahrlich über alle Qualifikationen, die einen zum professionellen Modelbahn-Bauer machen.

Als Dreijähriger hat er, gemeinsam mit seinem Bruder, das erste „Startpaket“ von Märklin – Lokomotive, zwei Waggons, eine Handvoll Schienen – zum Weihnachtsgeschenk bekommen. Es war ein „second hand“-Paket, wie man heute wohl sagt. Von einem Arbeitskollegen seines Vaters, weil man sparen mußte. Und das durfte, so erzählt Horst Steinhöfler, damals gerade zu Weihnachten im Wohnzimmer des kleinen Bauernhauses ausgebreitet werden. Bis Maria Lichtmeß,



Horst Steinhöflers Anlage müssen Sie einfach selbst sehen!

Fotos: Österreich Journal

wenn die schulischen Leistungen stimmten. Meist war die „Spielzeit schon zu Heilig-Drei-König beendet“, meint er schmunzelnd, der Vater habe das leider recht genau genommen. Im Sommer wurden dann jedenfalls Pläne geschmiedet, wie man die wenigen Schienen im bevorstehenden „Eisenbahn-Winter“ würde aufbauen können. Mit Fünf hatte der kleine Horst dann ein paar 25-Schilling-Münzen von Tanten und Onkeln gesammelt. Die Eltern verdoppelten gerne die angesparte Summe, um Horst's ersehnte Anschaffung der „E 41“ der DB zu ermöglichen (einer E-Lok, die damals als das Kraftpaket der Deutschen Bahn galt).

Eben diese „E 41“ läuft – natürlich wohlbehütet – heute noch. Und sie drehte ihre Runden auch im ehelichen Schlafzimmer, wo seine damals eben angetraute Frau Helga mit ihrem Verständnis – um im Fachjargon zu sprechen – die Weichen für dieses faszinierende Hobby stellte.

Sie würden wohl sehr überrascht sein, was aus dieser Liebe zur Modellbahn entstanden ist: Eine der größten privaten Modellbahn-Anlagen Österreichs auf stolzen 200 m² Fläche. Mit 700 Metern Geleise, zig Weichen, zig Signalen, 170 Lokomotiven, mehr als 1000 Waggons. Auf vier Ebenen, mit vier großen Schattenbahnhöfen, wo Züge „verschwinden“ und nach einer halben Stunde erst wieder auftauchen. Natürlich vollelektronisch gesteuert. Und, und, und.

Eintausend Stunden hat Horst Steinhöfler in den vergangenen Monaten aufgewandt. Doppelt so viel wird er wohl noch brauchen, bis er mit dem Erreichten selbst „halbwegs“ zufrieden ist, wie er sagt. Weil er seine An-

lage nicht irgendwie füllen, sondern gestalten will. Auch wenn der 14 Meter lange Übergang von der liebevoll modellierten Skipiste zum sanften Hügelland einiges mehr an Zeit kostete, als der knapp bemessene Zeitplan vorgesehen hatte.

Wenn Sie also in diese kleine, neue, immer im Aufbau befindliche Welt eintauchen, Kindheitserinnerungen auffrischen, oder sich Anregungen für die eigene Anlage holen wollen: Sie werden in Faak am See mit Sicherheit auf Ihre Rechnung kommen. Übrigens: Mütter (und Ehefrauen) sollten ein wenig Wartezeit einplanen, denn hier wird in „Metern pro Stunde“ gerechnet. (mm)

<http://www.start.at/modellbahnparadies>

